

Daimler will angeblich rund 15.000 Stellen streichen

Der Sparkurs beim Autobauer Daimler fällt möglicherweise schärfer aus als gedacht. Wie medial zu vernehmen war, will Vorstandschef Ola Källenius noch deutlich mehr beim Personal sparen als die rund 1,4 Milliarden Euro, die er im November bei der Präsentation seiner Strategie für die kommenden Jahre genannt hatte.

So sollen weltweit bis zu 15.000 Stellen wegfallen. Bisher war von mindestens 10.000 die Rede gewesen. Öffentlich kommuniziert hatte der Konzern diese Zahl allerdings selbst nie, stattdessen war von einer "niedrigen fünfstelligen Zahl" die Rede. Die neue Zahl wollte Daimler ebenfalls nichts bestätigen. Zwei Drittel der Summe sollen in Deutschland eingespart werden. Damit wäre unser Land besonders von den Sparmaßnahmen betroffen. Hintergrund dürfte die stockende Elektrooffensive sein. Die Kosten von E-Autos sind deutlich höher als die von Verbrennern und sollen so kompensiert werden.



Zahlreiche Hochschullehrer haben sich über die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Berufsalltag beklagt. So fühlten sich laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ein Drittel der 1.106 Befragten durch formelle oder informelle Vorgaben zur Political Correctness eingeschränkt. Dieses Gefühl täuscht nicht und spiegelt die Einstellung vieler Bürgerinnen und Bürger wider, die bereits leidvolle Erfahrung damit machen mussten, welche Folgen die Wahrnehmung der wirklichen Meinungsfreiheit bedeutet. Wer sich heute kritisch gegenüber der Massenzuwanderung äußert oder über den angeblichen Klimanotstand, der wird schnell erfahren, wie intolerant insbesondere linke Gutmenschen sind.

Ausweitung des Bundeswehreinsetzes im Irak?

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr an einer ausgeweiteten Nato-Mission im Irak gegen die Terrormiliz IS offengelassen. „Wir haben ein klares Bundestagsmandat, das ein Engagement im Rahmen der internationalen Koalition gegen den IS vorsieht, ganz bewusst keine Teilnahme an der Nato-Mission“, sagte die noch CDU-Vorsitzende am Mittwoch vor einem Treffen der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel. Alles andere hänge „von innerirakischen Debatten ab und hängt davon ab, wie wir auch hier in der Nato weiter verfahren“. Ohne eine Einladung des Irak könne man weder die Nato-Mission noch die Arbeit der globalen Koalition gegen den IS fortsetzen.

Bei der Diskussion wird der Zustand der Bundeswehr vergessen, aber auch die steigende Gefährdung unserer Soldaten, durch islamistische Angriffe.

Thüringen und das Chaos

Erstmals seit der Ministerpräsidentenwahl vor etwas mehr als einer Woche hat die Thüringer Regierungskrise sichtbare Auswirkungen. Thüringens Platz im Bundesrat in Berlin wird vorerst leer bleiben - obwohl es unter anderem um die Finanzierung des Bahn-Regionalverkehrs geht. Der nach seinem Rücktritt geschäftsführende Ministerpräsident Kemmerich (FDP) will nicht an der Sitzung der Länderkammer teilnehmen. "Der geschäftsführende Ministerpräsident möchte nicht durch seine Anwesenheit provozieren", begründete der FDP-Sprecher die Entscheidung. Thüringen hat im Bundesrat vier Stimmen. Kemmerich ist derzeit das einzige Regierungsmitglied in Thüringen. Er hat keine

Minister und kann nach seinem Rücktritt auch keine Minister berufen. Seine Wahl mit AfD-Stimmen hatte ein bundesweites politisches Beben ausgelöst. Wenig Empörung sorgte hingegen, dass seit 2014 ein Ministerpräsident im Amt war, der von der SED-Nachfolgepartei "DIE LINKE" stammt. Quer durch die Republik wurde und wird darüber diskutiert, ob neue Mehrheiten mit vermeintlich „rechten Parteien“ möglich sein sollen. Bis in die Niederungen der Politik wurden Bekundungen von Vertretern der Altparteien bekannt, die natürlich durchweg ihr Entsetzen äußerten. Insbesondere das linke Spektrum konnte sich in Wutausbrüchen kaum bremsen und so war der Wurf des Blumenstraußes

einer Politikerin der Linkspartei im Thüringer Landtag nur der Anfang. Völlig machtbesessen will der frühere Ministerpräsident Ramelow (Linke) sich erneut zur Wahl stellen.

Die sechs Landtagsfraktionen sind allerdings zögerlich - die von Ex-Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) angestrebte rot-rot-grüne Koalition gibt einer erneuten Ministerpräsidentenwahl Vorrang vor überstürzten Neuwahlen. Besonders diese könnten zu völlig neuen Machtverhältnissen im Landtag sorgen und eine Bereinigung. Denn die FDP käme nach Umfragen nicht wieder in das Parlament.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

Illegale Tierimporte stoppen

Immer wieder werden Haustiere illegal in engen Käfigen nach Deutschland importiert. Zahlreiche Welpen sind krank, nicht geimpft, von Läusen befallen und nach Schätzung von Experten erst fünf bis sechs Wochen alt – also viel zu früh von ihrer Mutter getrennt worden. Eine Trennung vom Muttertier ist erst deutlich später erlaubt. Polizei und Tierschützer sprechen inzwischen von einem Jahresumsatz der kriminellen Banden, der an das Geschäft mit Drogen heranreicht. Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes hatten versucht ein EU-System zur Registrierung von Haustieren einzuführen. Tatsächlich sind die geltenden Regeln im Kampf gegen die Welpen-Mafia streng gemeint, blieben aber letztlich nicht effektiv: Jeder exportierte Hund und alle gehandelten Katzen müssen einen Chip bekommen und in einer europäischen Datenbank registriert sein. Damit können Käufer ersehen, wer der vorherige Besitzer war und ob die vorgeschriebenen Impfungen verabreicht wurden.

Doch solche Nachweise wurden im großen Stil gefälscht. Hinzu kommt, dass die bestehenden Datenbanken in den Mitgliedsstaaten häufig nicht kompatibel sind, so dass EU-weite Abfragen nur in wenigen Fällen zu verlässlichen Informationen führen. Das Ergebnis, so heißt es in Straßburg, seien „schreckliche Zustände“ in sogenannten Zuchtbetrieben – häufig in den östlichen Mitgliedsstaaten. Ende Januar beschloss der Umweltausschuss, schärfere Maßnahmen von der Brüsseler Kommission einzufordern. Zum einen soll die Registrierung von Hunden und Katzen für alle EU-Staaten verpflichtend werden – ob das auch für andere Heimtiere gelten soll, will Brüssel noch prüfen. Bereits vorhandene Datenbanken müssen kompatibel gemacht werden, neue haben diesen Standard zu übernehmen. Es muss endlich in diesem Bereich gehandelt werden, damit nicht auf Kosten der Tiere weiter Profit erwirtschaftet werden kann.

Jeder zweite „minderjährige, unbegleitete Flüchtling“ über 18

Über die Hälfte der sog. "minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge" sind volljährig. Wie eine aktuelle Stadtratsanfrage der Republikaner in Düsseldorf belegt, sind über die Hälfte der dortigen sog. "minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge" eben nicht minderjährig. Trotzdem sind die Kosten erheblich. Dabei handelt es sich um die Ausgaben für die Jugendhilfe (Unterbringung, pädagogische Betreuung, Ernährung, Bekleidung, Taschengeld, Kosten für Dolmetscher/Kulturvermittler). Bundesweit sind die Zahlen nahezu identisch. Rund 50 Prozent der dargestellten Migranten sind volljährig und kosten durchschnittlich 50.000 Euro pro Jahr und Person.

Immer mehr Islamisten kehren nach Deutschland zurück

Mehr Islamisten kehren aus den Kriegsgebieten nach Deutschland zurück oder weder hierhin abgeschoben, wie u.a. aus der Türkei. So sind alleine in den vergangenen Jahren 135 Islamisten aus Berlin nach Syrien und die umliegenden Kriegsgebiete ausgewandert, um die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) zu unterstützen. Davon waren drei Viertel Männer und weniger als zehn im jugendlichen Alter, wie der Berliner Innenstaatssekretär Akmann (SPD). Inzwischen befinden sich von diesen Personen wieder 65 in der Bundeshauptstadt. Besonders von diesen Islamisten geht eine hohe Gefahr aus, da sie inzwischen geschult sind und Kriegserfahrung mitbringen.

Wahlkampf in Bayern läuft an



Am 15. März finden in Bayern Kommunalwahlen statt, an deren wir Republikaner auch wieder in einigen Städten und Kreisen antreten. Bereits jetzt läuft der Wahlkampf auf Hochtouren und thematisch sind wir breit aufgestellt. Hier sehen Sie z.B. ein Plakat der Republikaner in Rosenheim.

Jetzt Republikaner werden !

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER
**DIE REPUBLIKANER
REP**

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.